



PRESSEMITTEILUNG

Ansprechpartner:
Martin Oswald
modl.ag@web.de
Tel.: 0176/62362950

www.sds-regensburg.de
info@sds-regensburg.de

Regensburg, den 19.11.11

Entgegnungen auf den Artikel
„STUDENTEN DEMONSTRIEREN GEGEN SICH SELBST“
in der Online-Ausgabe Donau-Post vom 18.11.11

Der SDS Regensburg möchte sich in mehrfacher Hinsicht zum Artikel von Herrn *Franz Nopper* „Studenten demonstrieren gegen sich selbst“ in der Donau-Post (online) vom 18.11.11 äußern und bittet die Redaktion um Berücksichtigung unserer Entgegnungen in ihrer Berichterstattung.

1. Formale Entgegnung:

Der Artikel von Franz Nopper ist allen journalistischen Standards nach ein Kommentar, als solcher jedoch nicht gekennzeichnet. Die „eigene Meinung“ des Autors wird in inakzeptabler Weise mit der Berichterstattung über die Studentische Vollversammlung am 16.11.11 und die Demonstration am 17.11.11 in Regensburg gegen Studiengebühren und für studentische Mitbestimmung vermengt.

Der Artikel gibt vor Tatsachen zu beschreiben, ist jedoch durchsetzt mit persönlichen Kommentaren und Interpretationen Noppers. Weder Autor noch Redaktion haben dies hinreichend kenntlich gemacht.

2. Sachlich-inhaltliche Entgegnung:

Der Artikel enthält zahlreiche inhaltliche Fehler.

a) *„Für beide Aktionen [Besetzung der Universitätsverwaltung und Demonstration] gab es genau genommen keine demokratische Legitimation durch die Mehrheit der Studierenden. Denn zur Abstimmung bei der entscheidenden Vollversammlung waren nicht einmal fünf Prozent der 20000 Studenten anwesend.“* - Das ist formal gesehen richtig, allerdings ist es eine vollkommen nutzlose Feststellung, wenn daraufhin folgt: *„Mindestens fünf Prozent, das wären ziemlich genau 1000 Studierende, wären eigentlich erforderlich gewesen, um überhaupt Beschlussfähigkeit herzustellen und im Namen der Studierenden handeln zu dürfen“* und daraus die Kernthese des Textes, wonach *„die Studenten gegen die eigene Mehrheit“* demonstrierten, abgeleitet wird.

Denn dies ist schlichtweg falsch. Die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung ist - entsprechend der Satzung des Studentischen Konvents - nur hinsichtlich der Antragstellung an den Konvent relevant. Das heißt, wenn eine beschlussfähige Vollversammlung über einen Antrag mehrheitlich positiv befindet, so muss selbiger vom Studentischen Konvent behandelt werden. Sonst hat die angesprochene Beschlussfähigkeit allenfalls symbolische Bedeutung.

Der Autor konstruiert hier jedoch bewusst den Eindruck, als wäre die Beschlussfähigkeit für Protestaktionen oder gar Demonstrationen von entscheidender Bedeutung. Das entspricht, wie gesagt, nicht der Wahrheit. Selbst, wenn die Vollversammlung beschlussfähig gewesen wäre, so fielen deren Beschlüsse (nach der Logik des Autors) gegen die „Mehrheit der Studenten“ aus. Denn auch 1.000 Studierende sind keine "Mehrheit". Des Autors Verständnis von Mehrheit ist also entweder widersprüchlich, oder genauso banal, wie nichts sagend. Im Übrigen war die Demonstration im Zuge des bundesweiten Bildungsstreiks bereits länger geplant und angemeldet. Ein Kausalzusammenhang mit der Vollversammlung und deren Beschlüssen besteht faktisch nicht.

b) *„Die Studenten, die trotzdem gekommen sind, wollen keine Studiengebühren mehr bezahlen und fordern darüber hinaus mehr Mitbestimmung bei der Gestaltung des "Lebensraums Universität.“* - Woraus der Autor ableitet, dass diejenigen, die gegen Studiengebühren protestieren, scheinbar schlichtweg keine bezahlen wollen, ist nicht ersichtlich.

Die Aussage des Autors ist stattdessen stark banalisierend und wird der politischen

Brisanz einer entgeltlichen Bildung nicht gerecht. Es geht nicht etwa um persönliche Vorteile, wie der Autor durch seine Argumentation suggeriert. Die Ablehnung jeglicher Gebühren für Bildung ist nicht primär eine Frage des Wollens, sondern eine (nicht nur bildungs-)politische Prinzipienfrage.

c) Bei demjenigen, den Nopper als „*Redner der studentischen Gewerkschaftsgruppe*“ bezeichnet, handelt es sich um den Organisationssekretär der DGB-Region Oberpfalz, Andreas Schmal, der keiner studentischen Gewerkschaftsgruppe angehört.

d) Nopper behauptet, dass bei der Entscheidung um Verwendung der Studiengebühren „*die Universitätsleitung [...] nach dem Hochschulrahmengesetz das letzte Wort*“ habe. Das ist in zweierlei Hinsicht falsch.

1. Im Hochschulrahmengesetz (HRG) finden sich keine Bestimmungen über Studiengebühren und ihre Verwendung.
2. Der Autor meint vermutlich das Bayerische Hochschulgesetz (BayHSchG). Auch dieses sieht allerdings keineswegs Noppers Behauptung vor. Vielmehr sieht das Gesetz eine paritätische Beteiligung der Studierenden vor (Art. 71 Abs. 2 BayHschG).

Die Argumentation läuft an dieser Stelle gänzlich in die Leere, denn dass die Universität Regensburg das letzte Wort bei der Verwendung von Studiengebühren der Universitätsleitung zuspricht, folgt lediglich aus der fragwürdigen Interpretation des Art. 73 Abs. 3 BayHschG in der Studienbeitragssatzung der Universität.

e) „*Kostenloses Studium ist nicht wirklich attraktiv*“ - diese Aussage des Autors ist nur als blanker Hohn oder Satire zu verstehen. Denn auch hier ist die Argumentation ziemlich dürftig:

„*Nicht einmal 350 Kilometer vom Campus entfernt, in Dresden gibt es keine Studiengebühren, zahlt man nur die halbe Miete und bekommt obendrein eine Sitzplatzgarantie im Hörsaal. Nicht einmal auf den Welterbestatus müsste man verzichten.*“ - Davon abgesehen, dass man in Dresden sehr wohl auf den Welterbestatus verzichten müsste, werden Studiengebühren hier undifferenziert ins Feld geführt.

Will Nopper etwa ernsthaft den Umzug nach Sachsen, statt friedlicher Proteste gegen hiesige Missstände vorschlagen? Spricht er dem Protest die Legitimität ab, weil man auch woanders und noch dazu billiger studieren könnte? Ist eine Demonstration

irrational, weil sie nicht von einer Mehrheit (sprich 10.001 Studierenden) getragen wird?

3. Politische Entgegnung:

Sicherlich ist die Anzahl der Studierenden, die besetzt und demonstriert hat, überschaubar und auch nach unserem Empfinden eher gering. Doch dies allein kann kein hinreichender Grund sein, um über die Forderungen der Demonstrierenden in dieser Weise herzugehen. Nopper versucht anhand einer zweifelhaften Argumentation die Kontraproduktivität des Protestes hinsichtlich studentischer Interessen aufzuzeigen.

Das Gegenteil aber ist der Fall. Durch die Besetzung der Verwaltung kam es beispielsweise zu einem ausführlichen Gespräch mit dem Rektor, der gar nicht oft genug beteuern konnte, dass ihn jedes Anliegen der Studierenden interessiere. Nichtsdestotrotz sprechen konservative Kräfte, wie beispielsweise der RCDS, Besetzungen die Konstruktivität ab. Nopper scheint eine ähnliche, bewiesenermaßen falsche Ansicht zu haben. Oder gibt es etwas Konstruktiveres als Gespräche mit der Universitätsleitung?

Wir sind der Auffassung, dass, obwohl sich nicht sehr viele an den Protesten beteiligt haben und manche daran gewiss auch kein Interesse haben, es falsch ist, Studierenden systematisch eine demokratische Mitbestimmungs- und Mitentscheidungskompetenz zu verwehren und das unentgeltliche Recht auf Bildung zugunsten einseitigem Profitdenken zu opfern. Entschieden wehren wir uns gegen Studiengebühren und fehlende Mitbestimmung, vor allem aber gegen das System von Studiengebühren und fehlender Mitbestimmung. Noppers Kommentar bestätigt uns in dieser Haltung!